# Die soziale Zeitbombe tickt

#### Von Heinz Allenspach



Schon vor mehr als einem Jahrzehnt warnten weitsichtige Sozialpolitiker vor einem übersteigerten Ausbau der Sozialversicherung, weil die Zahl der Rentner nach der Jahrhundertwende massiv ansteige, die Zahl der

Erwerbstätigen aber stagniere. Das stellt das finanzielle Gleichgewicht der AHV in Frage. Doch selbst Bundesräte wischten noch vor kurzem derartige Warnungen brüsk vom Tisch, nicht zuletzt, weil soziale Versprechen kurzfristig mehr Publikumsgunst und Wählerstimmen einbringen als Rücksichtnahme auf eine beängstigende, aber noch nicht unmittelbar bevorstehende Zukunft.

## Weniger Erwerbsjahre

Heute lässt sich die demographische Zeitbombe nicht mehr verschweigen. Sie wird, wenn nicht rasch Massnahmen ergriffen werden, in zehn Jahren die Sicherheit des AHV-Rentensystems empfindlich stören und in zwanzig Jahren dessen Kollaps zur Folge haben. Es sei damit zu rechnen, «dass die Ausgaben der AHV die Einnahmen ab der Jahrhundertwende übersteigen, sofern bis dann keine Gegenmassnahmen wirksam werden», räumt das Bundesamt für Sozialversicherung heute selbst ein und spricht von einem jährlich steigenden AHV-Defizit in Milliardenhöhe ab dem Jahre 2000.

65jährige Rentner dürfen derzeit mit durchschnittlich 16,5 Rentenjahren rechnen, die 62jährige Rentnerin mit 23,5 Rentenjahren. Seit 1980 hat sich die Lebenserwartung der Rentner um 1 bis 1,5 Jahre erhöht; eine weitere Erhöhung ist denkbar. Die Jahre der Erwerbstätigkeit gehen aber wegen der Verlängerung der Ausbildungszeit oder Unterbrechungen kontinuierlich zurück. Ist es möglich, in 40 Jahren Erwerbstätigkeit die finanziellen Mittel für 20 Rentenjahre beiseite zu legen? Wir können keine weitere Verringerung der Erwerbsjahre leisten.

Die Zahl der Rentner steigt, die Zahl der Erwerbstätigen stagniert. 1990 traf es auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren nicht ganz 25 Rentner, im Jahre 2010 werden gegen 30 und im Jahre 2030 rund 40 Rentner sein. Der Zeitpunkt naht, wo zwei Erwerbstätige die Mittel für einen Rentner aufzubringen haben. Somit steigt die volkswirtschaftliche Belastung durch Altersrenten auf bis zu 30% des produktiven Beitrages der Erwerbstätigen. Mehr Lohnabzüge und mehr Steuern zugunsten der Sozialversicherung sind unvermeidlich, wenn nicht grundlegende Veränderungen der sozialpolitischen Ziele ins Auge gefasst werden. Die Sozialleistungsquote hat sich innert 20 Jahren verdoppelt. 1972 beanspruchten die Leistungen der Sozialversicherung 8% des Bruttoinlandproduktes. 1992 waren es bereits 16%. Es ist mit einer weiteren Zunahme der Sozialleistungsquote zu rechnen, denn die von den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung ausgeschütteten Leistungen steigen derzeit stärker als das Bruttoinlandprodukt. Die Einkommensersatzleistungen der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung folgen automatisch den steigenden Löhnen; die AHV-Renten werden ebenfalls in wesentlichem Ausmass dem steigenden Volkseinkommen angepasst. So führt die demographische Alterung sehr rasch zu einer steigenden Sozialleistungsquote.

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich vor allem in den Ausgaben jener Sozialversicherungszweige, die schwergewichtig Leistungen für Betagte erbringen. Das sind nicht nur die Einrichtungen der Altersvorsorge. Die demographische Entwicklung wirkt sich auch in der Krankenversicherung aus, weil Betagte häufiger und schwerer erkranken als die jüngeren Jahrgänge. Das bedeutet Prämienerhöhung für alle. Das neue Krankenversicherungsgesetz ist schon aus diesem Grunde nicht in der Lage, der Kostensteigerung im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten.

### Konkurren zfänigkeit dahin

Wenn die Erwerbstätigen mehr Lohnprozente an die Sozialversicherung abliefern müssen, sinkt ihr Interesse an abgabenpflichtiger Erwerbsarbeit. Ausweichen auf die Schattenwirtschaft wird häufiger. Da ein Teil der Sozialkosten von den Unternehmen getragen werden muss, verschlechtert ihre Erhöhung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen. Soziale Sicherheit kann nicht vom Staat gewährleistet werden; es ist die Wirtschaft, welche die finanziellen Grundlagen dafür bereitzustellen hat.

Schon heute fragt sich, ob die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft nicht schon erreicht sind. Es ist jedenfalls kein Spielraum mehr für höhere Belastungen vorhanden. Es ist darum unverantwortlich, eine Herabsetzung des Rentenalters zu verlangen, vorzeitige Ruhestandsrenten zu postulieren oder anderswie eine Reduktion der Jahre der Erwerbstätigkeit zu begünstigen. In anderen Staaten werden als Folge der finanziellen Notlagen der Sozialversicherung die Pensionierungsgrenzen erhöht und die Sozialleistungen gekürzt. Wer heute in der Schweiz die Sozialversicherung zusätzlich belastet, vergrössert die künftigen Defizite.

Heute schon wären Handlungsstrategien gegen die Folgen der demographischen Entwicklung notwendig. Die Politik verschliesst sich aber grösstenteils dieser Herausforderung, denn sie denkt zumeist nur in Wahlperioden. Grundsätzlich könnte versucht werden, durch eine aktive Bevölkerungspolitik die Zahl der Erwerbsfähigen zu erhöhen und damit die drohende Verschlechterung des Alterslastquotienten aufzuhalten.

Durch massive Erhöhung der Familienund Kinderzulagen könnte eine höhere Geburtenhäufigkeit angestrebt werden. Die Sozialbelastung würde dadurch nicht geringer; unsoziale Giesskannensubventionen aber wesentlich häufiger. Es wäre auch möglich, durch verstärkten Zuzug ausländischer Arbeitskräfte den Rückgang der Erwerbstätigen wenigstens teilweise zu kompensieren. Das würde indessen eine neue Welle der Fremdenfeindlichkeit hervorrufen. Alle Massnahmen einer aktiven Bevölkerungspolitik würden zu einer Zunahme der Wohnbevölkerung der Schweiz führen. Könnte unser Land 10 Mio. Einwohner verkraften?

#### Wachstum ein Muss

Die Schwierigkeiten der Finanzierung der Sozialversicherung sind grösstenteils eine Folge des Nullwachstums. Dauert es an, dürfte die demographische Entwicklung zu schweren Verteilungskämpfen und damit auch zu sozialen Unruhen führen. Zur Stabilisierung der Sozialleistungsquote wäre ein durchschnittliches Realwachstum in der Höhe von mindestens 2% jährlich unerlässlich. Die Sozialpolitiker müssten deshalb das Wachstum, wo immer möglich, intensiv fördern. Sie befassen sich jedoch meistens nur mit der Verteilung und nicht mit dem Erarbeiten der Mittel. Je länger die Sozialpolitik die Wirtschaft verketzert und zusätzliche Sozialleistungen verlangt, desto schwieriger wird die Finanzierung der Kostenfolgen der demographischen Entwicklung.

Es wird zumeist angenommen, bei steigendem Wohlstand nehme die Bereitschaft der Aktiven, auf einen Teil des Einkommenszuwachses zugunsten anderer zu verzichten, zu. Es ist indessen fraglich, ob die künftig aktiven Generationen mit jeder Einkommensumverteilung zugunsten der Sozialrentenempfänger einverstanden sind. Jedenfalls erhöhen Steuerzuschläge zugunsten der Sozialversicherung oder zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge die Staatsquote und sind deshalb ord-

nungspolitisch fragwürdig.

Gefährdet die demographische Entwicklung die soziale Sicherheit? Wenn die Sozialpolitik in bisherigem Stil weiterfährt und immer neue Sozialleistungen auftürmt, sind nach der Jahrhundertwende ernsthafte Schwierigkeiten unausweichlich. Die Erhöhung der lohnprozentualen Abgaben stösst auf wirtschaftliche und politische Hindernisse und könnte die soziale Stabilität gefährden. Der Zeitbombe der demographischen Entwicklung wird die Politik nicht ausweichen können. Sie sollte auf die Einführung neuer Sozialversicherungsbereiche und auf die reale Erhöhung von Sozialleistungen verzichten. Es hat wenig Sinn, soziale Wechsel auszustellen, die nicht finanziert werden können. In diesem Sinne ist eine Besinnungspause dringend notwendig.